

Buchpremiere von „Terrorismus-Lügen – Wie die Stasi im Untergrund agierte“: Die Autorin Regine Igel las erstmals aus ihrem aktuellen Buch am 7. August 2012 in der Gedenkbibliothek

Atemlose Stille herrschte im überfüllten Besucherraum der Gedenkbibliothek, als die bekannte Autorin und Journalistin Regine Igel ihr vor wenigen Tagen im Herbig-Verlag erschienenen Buch über die Verstrickung der DDR-Staatssicherheit mit Rechts- und Linksterroristen vorstellte. Es ist sicherlich nicht übertrieben festzustellen, dass sie – wie Vera Lengsfeld zu Beginn der Veranstaltung betonte – ein „unbeleuchtetes heißes Eisen“ angefasst hat. In der Tat fand die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit im deutschen und internationalen Terrorismus bisher kaum Beachtung. Daher hofft die Autorin, mit ihrem Beitrag, der viele weitere Fragen aufwirft, nun endlich einen Anstoß zu weiteren Untersuchungen zu geben.

Regine Igel gilt als Expertin für Terrorismus und organisiertes Verbrechen. Die studierte Germanistin und Sozialwissenschaftlerin hat viele Jahre in Italien gelebt und dort über die Verstrickung der italienischen Politik mit dem organisierten Verbrechen geforscht. Ihre beiden Bücher über Andreotti und Berlusconi sind für Fachkollegen Pflichtlektüre. Heute lebt sie in Berlin.

Igel hat ihr neuestes Werk „Terrorismus-Lügen – Wie die Stasi im Untergrund agierte“ in fünf große Kapitel eingeteilt. Es beginnt mit den sogenannten „Vorboten“. Damit sind nicht die eigentlichen Terroristen gemeint, sondern Entsandte der Geheimdienste, Agents provocateurs, die versuchten, Einfluss auf terroristische Gruppen zu nehmen. „Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die entsprechenden Aktivitäten der siebziger und achtziger Jahre ins Feld des Kalten Krieges gestellt und daher nur unter Einbeziehung dieses Hintergrunds verstanden werden müssen. Das Ziel war es, mithilfe von Terroranschlägen den Gegner zu schwächen. Das Motto des Kalten Krieges lautete also: Verdeckt gegen den Gegner“, erklärte die Referentin.

Danach ging sie zunächst auf das internationale Lage jener Zeit ein. Die politisch-gesellschaftliche Lage spitzte sich Ende der sechziger Jahre zu: Die Regierungen in Westeuropa betrachteten die Bildung von außerparlamentarischen Bewegungen und die Studentenunruhen äußerst misstrauisch. Doch auch in der kommunistischen Welt brodelte es. Die Dissidentenbewegungen stellten ihre Unterordnung unter die KPdSU in Frage. Beide Supermächte wollten und konnten auf keinen Fall einen Drit-

ten Weg tolerieren. Stattdessen hielten sie an der Aufteilung in zwei Einflussphären fest. „Es galt also – als Aufgabe der Geheimdienste - vorzubeugen, damit die Nachkriegsordnung und möglicherweise der Frieden nicht bedroht wurden. Der Kalte Krieg ging in ein neues Stadium: Geheimpolitik wurde angekurbelt, verdeckte Einflussnahme in die Wege geleitet“, las Igel, die als weiteres Beispiel für diese Haltung Franz-Josef Strauß erwähnte: „Er hat ja seinerzeit auf die Verstrickung von Staatssicherheit und Rechtsterroristen hingewiesen. Die SPD dementierte dies und wollte darüber keine Diskussionen führen. Dies ist ein weiteres Beispiel für den unbedingten Willen, den Status quo zu bewahren.“

Und: Der Terrorismus sollte nun als neuer Machtfaktor gegen den Gegner im Kalten Krieg genutzt werden. Eine Schlacht ohne offenen Kampf, ohne einen konventionellen Krieg. Eigens dafür setzte sich 1966 in Havanna die Staaten des Warschauer Paktes und sowjetfreundliche Staaten, also die halbe globale Welt, zusammen, um eine Strategie zu entwickeln. „Diese Tagung hat in der Geschichtsschreibung nie ihren Platz gefunden, eher in kleineren wissenschaftlichen Untersuchungen“, trug Igel aus ihrem Buch vor. Die beiden sowjetischen KGB-Obersten Vadim Kochergin und Victor Simonov übernahmen bis Ende der sechziger Jahre das Kommando über zahlreiche Ausbildungslager. Ein weiteres Beispiel für die Verflechtung von kommunistischen Staaten und Terrorismus ist auch die Tatsache, dass die Roten Brigaden in der Tschechoslowakei ausgebildet worden sind. Zu den internationalen Terrorismuszentren gehörten damals die Städte Prag, Zürich, Ostberlin und Paris.

Ein noch unbekannteres Feld stellte die japanische Rote Armee (JRA) dar, die im Nahen Osten tätig war und auch mit MfS-Offizieren zusammengearbeitet hat. Ihre operative Zusammenarbeit mit der ostdeutschen Staatssicherheit ist im „OV Bert“ nachzulesen. Ähnlich wie die RAF entführten die Mitglieder der japanischen Roten Armee wichtige Persönlichkeiten, um Genossen freizupressen, und beschafften sich durch Überfälle auf Waffendepots und Banken das nötige Geld. „Einen besonderen Stellenwert in der Anschlagkette der japanischen Terroristen in den siebziger Jahren nahm die Besetzung der französischen Botschaft in Den Haag am 13. September 1974 ein. Nicht das erste Mal haben hier Carlos, die Japaner und auch die Baader-Meinhof-Gruppe und Ostberlin kooperiert“, so die These der Autorin. Mit der Entführung von Botschaftsmitgliedern sollte das in Paris inhaftierte JRA-Mitglied Yamada freigeschleppt werden. Tatsächlich gelang dies den Terroristen, wobei 300.000 US-Dollar Lösegeld flossen und zwei Menschen ihr Leben verloren. „Es wurde ermit-

telt, dass die zum Einsatz gekommenen Granaten des Typs M26 aus dem US-Militärdepot in Weilerbach bei Kaiserslautern stammten. Mitglieder der Revolutionären Zellen hatten sie dort gestohlen. Granaten dieser Art hatte das BKA an vielen Anschlagorten in Europa aufgetan, unter anderem bei dem Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm“, las Igel. Das bedeutete: Die internationale Vernetzung war schon lange konsolidiert. Und nicht nur das: Die Einreise von Mitgliedern der japanischen Roten Armee im Transitverkehr von West- nach Ostberlin ist schon für die Jahre zwischen 1972 und 1976 belegt. Anhand der Kassenbücher ist es der Autorin gelungen, andere Kontakte zu belegen. So hat sich eines der Mitglieder der japanischen Roten Armee zwischen 1972 und 1974 18 Mal in der DDR aufgehalten. Einer der letzten großen Anschläge der JRA mit 115 Toten war ein Flugzeugabsturz vor Burma im November 1988, herbeigeführt über Flüssigsprennstoff in einer Whiskyflasche.

Eine geheimnisumwitterte Einrichtung war zudem die Hyperion-Schule, untergebracht in einem gediegenen Gebäude in der Nähe von Notre-Dame in Paris. Nach außen hin fungierte sie als ein Zentrum für Sprachunterricht. Doch italienische Ermittlungen ergaben, dass dort Linksextremisten ihr Handwerk lernten und die Aktivitäten des Terrorismus auf europäischer Ebene koordiniert wurden. Ermittlungen in Padua stellten ab 1978 fest, dass drei ständige Besucher dieser Sprachschule die Gründer der Roten Brigaden waren, die zum militantesten Flügel gehörten. Des Weiteren entdeckten die Ermittler, dass sich hinter der Kulisse eine verschachtelte Konstruktion von Finanzierungsgesellschaften und Unternehmen aus Italien, Frankreich und der Schweiz verbarg. Allerdings liegt bis heute vieles im Dunkeln. „In Deutschland wurden keine Ermittlungen zu diesem Zentrum verborgener Politik bekannt. Udenkbar, dass bei uns ein Staatsanwalt zu einer derart brisanten Einrichtung ein Buch schreiben würde“, heißt es in Igels Buch.

Andere Ermittlungen gehen davon aus, dass die Hyperion-Schule das wichtigste Büro der CIA-Vertretung in Europa war. Vermutlich kommt das Resümee von Giovanni Pellegrino, langjähriger Vorsitzender des italienischen parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Terroranschläge, der Wahrheit am nächsten: Er hielt diese Sprachschule für einen Kreuzpunkt für westliche und östliche Geheimdienste, um gegen die Feinde des in Jalta beschlossenen Gleichgewichts der Kräfte zusammenzuarbeiten.“ Also wieder der Kampf gegen den Dritten Weg? Igel hält das für möglich und verwies auf die Ermordung von Olof Palme, eines unberechenbaren

Politikers, und die Ausschaltung von Willy Brandt, der ebenfalls als unabhängiger Kopf galt. Schade, dass Igel in diesem Zusammenhang nicht die These des bekannten Geheimdienstforschers Helmut Müller-Enbergs zur Sprache gebracht hat. Er ist zu dem Schluss gekommen, dass Markus Wolf Günter Guillaume deshalb geopfert hat, um eine wichtigere Quelle im Kanzleramt zu schützen. Dafür spricht einiges, denn es ist mittlerweile bekannt, dass Guillaume sicherlich der bekannteste DDR-Agent, aber bei weitem nicht der beste gewesen ist. Leider hat es Igel auch versäumt, auf die innerparteilichen Streitigkeiten der SPD und die Amtsmüdigkeit von Willy Brandt hinzuweisen.

Abschließend ging die Autorin auf die deutsch-deutsche Verstrickungen ein: Der Stasi-Zuträger Aribert Freder, ein Westberliner Busfahrer, der die DDR laut Akten 1957 verlassen hatte, erdrosselte 1980 den für den Verfassungsschutz tätigen und Anti-DDR-Aktivisten Bernd Moldenhauer auf einer Autobahnraststätte. Er war erst 31 Jahre alt. Ein Mord, der viele Fragen aufwirft, die bislang nicht beantwortet werden konnten. Igel geht davon aus, dass Freder Doppelagent war, denn nur so kann sie sich die großen Aktenlücken erklären. „Im Machtkampf der Dienste im Kalten Krieg wäre der Mord an Moldenhauer im Auftrag der Stasi als ein erfolgreicher Schachzug gegen den Gegner zu werten“, meinte Igel. Vor der Berliner Kriminalpolizei gestand Freder, den Mord aus Habgier begangen zu haben. Demgegenüber sagte er, die Stasi habe ihn zu dieser Tat angestiftet, woraufhin das MfS nervös wurde und Freder hohe Summen von Schweigegeldern zukommen ließ. Tatsächlich widerrief Freder später, im Auftrag der Stasi gemordet zu haben. Freder wurde wegen Totschlags zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht hielt sein Tatmotiv für unaufklärbar. Nach nur sieben Jahren wurde er vorzeitig entlassen. Ein nach 1990 eingeleitetes Ermittlungsverfahren gegen Freder Führungsoffizier Harry Dahl wegen des Verdachts der Anstiftung zum Mord stellten die Behörden wegen mangelndem Tatverdachts ein. Die Wahrheit wird wohl nie ans Licht kommen, da die Lücken in den Akten zu groß sind. Von den 20 Bänden zu Freder wurden der Autorin 2011 nur die Bände eins bis sechs und acht mit großen Leerstellen vorgelegt. „Auch hier soll die wirkliche Geschichte nicht ans Tageslicht kommen.“

Hart ins Gericht ging die Autorin mit der Aktenherausgabepaxis der BStU. Deren Mitarbeiter legten ihr meist nur ausgedünnte Bestände vor, mit denen sie kaum etwas anfangen konnte. Zudem wurden Namen, Sätze und sogar ganze Absätze geschwärzt, „und dies keineswegs nur aufgrund des zu schützenden Persönlichkeits-

rechts von Opfern“, sagte Igel. So wurde ihr eine entsprechende Seite über Verena Becker wegen Angaben über ihre Krankheit verwehrt. Becker hatte zeitweise an Tuberkulose gelitten. Doch zufällig tauchte dieselbe Seite in einer anderen Akte ungeschwärzt auf. „Darin standen Beckers Kontakte zu westlichen Geheimdiensten.“ Warum diese Geheimniskrämerei in einer Behörde, die doch über Unrecht aufklären möchte? Igel vermutet in ihrem Buch, dass es möglicherweise von westlicher Seite Absprachen mit einstigen MfS-Offizieren gab, um die Offenlegung der Infiltrierung der Bundesrepublik durch den Ostgeheimdienst und damit die Schmach der Regierenden im Westen klein zu halten. „Es ist schon interessant, dass Italien eine größere Transparenz zulässt als Deutschland“, bilanzierte Igel. Hinzu komme, dass laut Presseberichten bundesdeutsche Minister und hohe Funktionäre der Geheimdienste Ostagenten gewesen seien. Des Weiteren fürchten wohl die westlichen Geheimdienste Enthüllungen, die sie – und ihre auftraggebenden Regierungen – an den Pranger stellen könnten. „Demokratische, postulierte Transparenz endet, wo das weite Feld der Staatsräson berührt wird“, lautet die bittere Schlussfolgerung des Buches. Auf die Frage eines Zuhörers, warum die Akten nicht gleich komplett vernichtet werden, antwortete die Autorin lapidar: „Der Schein soll gewahrt bleiben.“

Nicole Glocke